

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Integrationsrates**  
am Mittwoch, **11.09.2013**, 18:00 Uhr - 20:45 Uhr,  
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **Mitglieder**

Dr. Hüseyin Avlar , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Christoph Kattentidt , Manfred Kehr , Türkan Kurt , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Hoang Ngan Nguyen , Ahmet Özdemir , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Robert von Olberg , Peter Wolfgarten , Sandra Wübken , Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak ,

### **von der Verwaltung**

Jochen Köhnke , Thomas Paal ,

### **für die Schriftführung**

Regina Etienne ,

### **Es fehlte/n:**

Joachim Bruns ,

### **Es fehlte/n:**

Aynur Küçük , Dr. Musa Mohammad Omar , Kakha Tandilashvili , Dr. Georgios Tsakalidis ,

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. **Eingänge und Mitteilungen**
2. **Anhörungen**

|                         |           |                                                                              |
|-------------------------|-----------|------------------------------------------------------------------------------|
| <u>V/0395/2013</u><br>V | 2.1.      | Steigerung der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Integrationsrat            |
|                         | <b>3.</b> | <b>Berichte</b>                                                              |
| <u>V/0573/2013</u><br>V | 3.1.      | Save-me Kampagne                                                             |
|                         | <b>4.</b> | <b>Entscheidungen</b>                                                        |
| <u>V/0680/2013</u><br>V | 4.1.      | Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten             |
| <u>V/0499/2013</u><br>V | 4.2.      | Einrichtung des Fachbeirats für das Kommunale Integrationszentrum in Münster |
|                         | <b>5.</b> | <b>Berichte aus den Ausschüssen</b>                                          |
|                         | <b>6.</b> | <b>Verschiedenes</b>                                                         |

Herr Marinos eröffnete um 18.05 Uhr die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Von der Verwaltung begrüßte er Frau Reckfort.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Eingänge und Mitteilungen**

##### Mittelreservierungen:

Herr Köhnke berichtete über den Stand der Mittelreservierung mit Stand vom 04.09.2013: Die Allgemeinen Verfügungsmittel waren bei einem aktuellen Stand von 14.749,34 € (von 19.960,00 €) angelangt, für Zuschüsse standen dem Integrationsrat noch 9.410,00 € (von 19.840,00 €) zur Verfügung.

Herr Köhnke relativierte den Stand im Hinblick auf die eingegangenen Verpflichtungen für das Interkulturelle Fest. Aktuell könne man hochrechnen, dass von den Allgemeinen Verfügungsmitteln – würden die Abrechnungen genau wie angeboten auch berechnet werden, dies sei aber erfahrungsgemäß aber immer mit kleineren Abweichungen nach oben zu rechnen, aufgrund von vorher nicht kalkulierbaren Leistungen – unter diesem Vorbehalt noch auf den Punkt 5,00 € zur Verfügung ständen.

Er führte weiter aus, dass der noch nicht verbrauchte Teil der Zuschüsse noch auskömmlich sei und die Finanzierung der Auftritte beim Interkulturellen Fest gesichert seien. Da man feststellen kann, dass auch im Jahr 2012 ähnliche Werte zum gleichen Zeitpunkt festgestellt wurden, könnte voraussichtlich eine Punktlandung am Ende des Jahres erzielt werden.

##### Abendvorlesungen der Fachhochschule/ Kooperation mit V/Mia:

Herr Köhnke wies auf die Abendvorlesungen der Fachhochschule, die in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten veranstaltet werden, ab dem 17.10.2013 und dann jeden Donnerstag, 18.00 Uhr im Großen Hörsaal in der Hüfferstif-

tung stattfinden. Das Thema der Veranstaltungen: Herausforderungen Migration, Diagnosen und Positionen.

#### Veranstaltung im Bennohaus:

Am 10.10.2013 wird, so Herr Köhnke weiter, im Bennohaus eine Veranstaltung zum Thema „Migration und Behinderung“ stattfinden.

#### Primus-Schule

Der Antrag zur Aufnahme im Projekt Primus ist für die Grundschule Berg Fidel und Geistschule erfolgreich gewesen. Herr Köhnke gratulierte dazu dem Gremium, die hier intensiv politisch mit gearbeitet hätten.

#### Anwohnerversammlung:

Ein weiterer Hinweis bezog sich auf die Anwohnerversammlung in Nienberge am 24.09.2013. Es wäre die 4. Versammlung.

Herr Marinos selbst führte nun weiter aus und gab seine Überlegungen und aktuellen Entwicklungen zu den Haushaltsmitteln kund. Mit der Kämmerei stünde er in Verhandlungen, um die Freiheit bei den Finanzmitteln für den Integrationsrat zu erhalten. Aus diesem Grund würde es heute keine Behandlung von Anträgen geben. Erst wieder in der nächsten Sitzung könne daher darüber entschieden werden. Er konstatierte, dass künftig alle Anträge bereits im April vorliegen müssten unter Hinweis auf den erarbeiteten Kriterienkatalog. Diese Vorgabe, so forderte er vehement, müsse eingehalten werden.

Herr Marinos berichtete, dass er von Herrn Dr. Stähling ein Dankeschreiben erhalten habe. Er zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis der Bemühungen, hier für das Modell PRIMUS den Erfolg mit erstritten zu haben.

Dabei lenkte er das Augenmerk auf die Internationale Schule, die als öffentliche Schule anerkannt werden sollte. Hier wusste er aber nicht, ob der erwünschte Statuswechsel vollzogen worden war.

Dann berichtete er von seinem Ansinnen, für 14 Kinder (8 griechische Kinder darunter), die gerade neu nach Münster gekommen waren, in der Ferienzeit einen Sprachkurs angeboten zu bekommen. Wie er sagte, war dies nicht möglich.

Er berichtete von seinem Besuch der Veranstaltung „Schauraum“, bei dem er auch vom Oberbürgermeister empfangen wurde. Er lobte die bessere Gestaltung.

Ein Buch von Prof. Schmink-Gustavus sei gerade erschienen: „Feuerrauch: Die Vernichtung des griechischen Dorfes Lyngiádes am 3. Oktober 1943“. Er hatte den Autor selbst auf Kreta getroffen, als er dort sein Buch vorstellte.

Mit den Veröffentlichungen in den Medien, in denen die „Ströme von Asylsuchenden“ beschrieben würde, halte er für eine Übertreibung, die die Bevölkerung nur ungerechtfertigt verunsichere.

Herr Marinos berichtete, dass das Gesundheitsamt über ein Streetwork-Projekt Kontakt zu Prostituierten sucht. Die überwiegend aus Osteuropa stammenden Frauen sollen für Fragen des Infektionsschutzes und der Gesundheitsvorsorge sensibilisiert werden.

Damit beendete Herr Marinos die Hinweise auf Veranstaltungen.

An dieser Stelle gab Herr Marinos bekannt, dass Herr Bruns sich entschuldigt hatte, da er verreist sei und Herr Tsakalidis ließe sich entschuldigen, da er erkrankt sei.

Damit beendete Herr Marinos seine Mitteilungen.

Herr Özdemir erinnerte an den Tag der offenen Tür bei der JVA am Sonntag, den 15.09.2013, in der Zeit von 10.00 – 17.00 Uhr.

Herr Saber berichtet von einer neuen arabischen Schule, die in circa 3 Wochen eröffnet und den herkunftssprachlichen Unterricht anbietet. Es handelt sich dabei um eine Internetplattform ([www.almadrassa.de](http://www.almadrassa.de)), die kostenfrei Lese- und Schreibfähigkeiten unterstützt. Hier können Arabischkenntnisse und Deutschkenntnisse gleichermaßen verbessert werden.

Ein weiterer Hinweis wurde auf den Tag der Offenen Moschee, diesmal am Messkamp in der Zentralmoschee Münster, am 03.10.2013, gegeben.

## **Punkt 2 der Tagesordnung**

## **Anhörungen**

### **Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0395/2013**

### **Steigerung der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Integrationsrat**

Herr Köhnke vertrat die Vorlage. Nun habe man auch zusammen mit dem Amt für Stadtentwicklung, -planung, Verkehrsplanung, die häufig auch entsprechende Versandaktionen durchführen, eine Kostenkalkulation aufgestellt und die einzelnen Maßnahmen soweit wie möglich herunter gebrochen, um die gewünschte Transparenz zu erhalten. (siehe Anlage).

#### **Begründung:**

##### **Ausgangslage**

Mit Beschluss des Hauptausschusses vom 07.07.2010 (V/0535/2010) wurde die Verwaltung beauftragt, in Anlehnung zur Anregung des Integrationsrates an den Rat Nr. AIR/0001/2010 vom 21.04.2010 "Stadt Münster unterstützt Entwicklung und Wirken des Integrationsrats", die inhaltlichen und finanziellen Umsetzungsmöglichkeiten des Vorhabens aufzubereiten und dem zuständigen Gremium einen Verfahrensvorschlag vorzulegen.

Die Verwaltung legt hiermit einen Vorschlag zu verschiedenen Maßnahmen mit ihren finanziellen Auswirkungen vor. Da der Wahltermin frühestens am Tag der Kommunalwahl liegen wird, sollen die beschriebenen Maßnahmen voraussichtlich im 1. Quartal 2014 umgesetzt werden. Der Vorschlag orientiert sich an den Grundsätzen und Zielen der Stadt Münster, die in dem 2008 verabschiedeten Migrationsleitbild zum Ausdruck gebracht wurden.

Die Steigerung der unmittelbaren Partizipationsmöglichkeiten der Menschen mit Migrationsvorgeschichte ist ein wichtiger Teilaspekt ihrer politischen Teilhabe an der Kommunalpolitik.

Das Migrationsleitbild der Stadt Münster sieht vor:

#### **Politische Partizipation als ein Erfolgsfaktor von Integrationsmanagement<sup>1</sup>**

<sup>1</sup> Vgl. Leitbild „Migration und Integration Münster“, S. 8 Punkt 5.7.

Um ein starkes politisches und gesellschaftliches Engagement aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten bedarf es einer angemessenen Weiterentwicklung der vorhandenen politischen Interessensvertretungen (Ausländerbeirat<sup>2</sup> und weitere).

In Nordrhein-Westfalen haben sich – nach der Reform des § 27 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) im Jahr 2009 - Integrationsräte und –ausschüsse konstituiert.

Dem Integrationsrat der Stadt Münster gehören insgesamt 27 stimmberechtigte Mitglieder an, von denen 9 stimmberechtigte Mitglieder aus der Mitte des Rates entsandt werden und 18 stimmberechtigte Mitglieder in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach § 27 Abs. 2 GO NRW gewählt werden.

Die Integrationsräte in den NRW-Kommunen sind ein wichtiger Brückenkopf für die Menschen mit Migrationsvorgeschichte. Sie haben ein breites Betätigungsfeld. Sie können sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen, beantragen, dass ihre Anregungen oder Stellungnahmen den Gemeindeorganen vorgelegt werden und Stellung zu an sie gerichtete Fragen nehmen. Die Hauptsatzung der Stadt Münster sieht zusätzlich vor, dass der Integrationsrat bei Angelegenheiten, deren Entscheidung von besonderer Bedeutung für die ausländischen Bürger/innen sein kann, vor der Beratung in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen anzuhören ist.

Die "neuen" Integrationsräte sind nunmehr nicht nur für die ausländischen, sondern auch für die Bevölkerung mit Migrationsvorgeschichte (Eingebürgerte, Doppelstaatler, Spätaussiedler) Ansprechpartner und Interessenvertretung gegenüber der Kommune, in der sie wohnen.

In 104 Städten und Gemeinden wurden am 7. Februar 2010 - 88 Integrationsräte und 16 Integrationsausschüsse gewählt. Insgesamt waren 1.156.101 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Landesweit haben sich 128.945 Wählerinnen und Wähler an der Wahl beteiligt, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 11,16 %. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 ging die Beteiligung um 0,66 Prozentpunkte zurück und blieb damit fast konstant. In Münster wurde ein Anstieg der Wahlbeteiligung in Höhe von 1,21 % verzeichnet. Wahlbeteiligung bei den Integrationsratswahlen in NRW und Münster

| Jahr        | Nordrhein-Westfalen | Münster |
|-------------|---------------------|---------|
| <b>2004</b> | 12,27%              | 8,14%   |
| <b>2010</b> | 11,16%              | 9,35%   |

Dementsprechend sollen die künftigen Maßnahmen darauf zielen, die Wahlbeteiligung des wahlberechtigten Personenkreises<sup>3</sup> durch Information und Sensibilisierung zu erhöhen. Insbesondere Spätaussiedler und Eingebürgerte sind nun zur Wahl zugelassen. So belaufen sich die in den letzten fünf Jahren vor dem Wahltag Eingebürgerten auf insgesamt 2222 Personen.

| <b>Eingebürgerte in Münster nach Geschlecht im Zeitraum 2008 bis 2012</b> |      |      |      |      |      |
|---------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|------|
| Jahr                                                                      | 2012 | 2011 | 2010 | 2009 | 2008 |
| <b>Männlich</b>                                                           | 203  | 231  | 211  | 253  | 220  |

<sup>2</sup> Der Ausländerbeirat wurde 2010 nach Änderung der Gemeindeordnung NW vom Integrationsrat abgelöst.

<sup>3</sup> Das Land plant derzeit eine Änderung des § 27 GO NRW. Der Gesetzentwurf erweitert die Gruppe der Wahlberechtigten auf Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte; er bezieht also insbesondere Spätaussiedler/innen und Eingebürgerte ein. Diese Personen müssen sich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen und ihre Zuwanderungsgeschichte durch Vorlage der erforderlichen Urkunden nachweisen. Es ist davon auszugehen, dass die Novellierung des § 27 GO NRW noch vor der Sommerpause erfolgt und damit bereits für die kommende Wahlperiode wirksam wird.

|                 |            |            |            |            |            |
|-----------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| <b>Weiblich</b> | 233        | 213        | 207        | 237        | 214        |
| <b>Gesamt</b>   | <b>436</b> | <b>444</b> | <b>418</b> | <b>490</b> | <b>434</b> |
|                 |            |            |            |            |            |

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Kommunen, die 2010 eine hohe Wahlbeteiligung hatten, führten dies auf ihre intensive Öffentlichkeitsarbeit, die Einbindung der Migrantenselbstorganisationen und die gute Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Selbstorganisationen und den Gemeinden zurück. Diese konzeptionellen Überlegungen sind in Münster aufzugreifen und durch die von anderen Gemeinden zu unterscheidende Pluralität der Herkunftse strategisch zu ergänzen.

Die Verwaltung legt hiermit die Auflistung der verschiedenen Vorschläge vor. Die vorgeschlagenen Punkte basieren auf vorbereitenden Maßnahmen, die sofort und langfristig ergriffen werden können.

## **1. Teil: Vorbereitende Maßnahmen zur Optimierung der Wahlkampagne**

### **A. Lenkungsgruppe**

Es soll eine Lenkungsgruppe eingerichtet werden, bestehend aus Politik, Fachämtern, Vertreter/innen der Migrant/inn/en-Selbstorganisationen sowie Integrationsratsmitgliedern, die Maßnahmen plant und koordiniert. Die Sitzungen der Lenkungsgruppe werden von der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten geleitet.

### **B. Auswertung der städtischen Kampagne zur Integrationsratswahl 2010**

Durch Befragung der Akteure und Institutionen (Stadtverwaltung, Integrationsrat, Migrant/inn/en-Selbstorganisationen etc.) der vorhergehenden Wahlen zu den Punkten Werbung, Netzwerke usw. soll der Optimierungsbedarf bestmöglich eruiert und die daraus resultierenden Vorschläge für die nächsten Wahlen erfolgreich einbezogen werden.

### **C. Klärung der Zielgruppe**

Durch die Erweiterung des wahlberechtigten Personenkreises um Aus- und Spätaussiedler/innen und auch Eingebürgerte der letzten fünf Jahre und eine gegebenenfalls noch weitere Änderung des § 27 GO NRW im Jahr 2013 ergibt sich die Notwendigkeit einer Klärung der konkreten Zielgruppe und derer Bedürfnisse, um daran anknüpfend die Kampagne zu ihrer Aufklärung und Wahlmotivation inhaltlich auszurichten.

### **D. Befragung der Wahlberechtigten an der Wahl zum Integrationsrat 2014**

Zur Ermittlung des aktuellen Informationsstandes der wahlberechtigten Bevölkerung sollen mittels einer Befragung ihre Einstellungen gegenüber den Beteiligungsverfahren und das Gremium abgefragt werden. Die Befragung wird in 4 Sprachen durchgeführt.

## **2. Teil: Konkrete Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit**

Die zukünftige Steigerung der Wahlbeteiligung bei den Integrationsratwahlen soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Dies setzt die Entwicklung einer Werbe-Strategie voraus, die bereits bestehende Werbematerialien, die von der LAGA NRW kurz vor den Wahlen zur Verfügung gestellt werden, aufgreift und darüber hinaus für Münster und lokale Besonderheiten folgende weitere Aktionen einbezieht:

1. Informationsveranstaltungen (allgemeine Aufklärung zu den Aufgaben des Integrationsrates, des Wahltermins, den wahlberechtigten Personen sowie Anwerbung neuer Kandidat/inn/en etc.)

2. verstärktes, persönliches Zugehen auf die Wähler/innen (Einbindung der Multiplikatoren, insbesondere der Migrant/inn/en–Selbstorganisationen)
3. Schulung der Kandidat/inn/en durch den Landesintegrationsrat (LAGA NRW) – die LAGA NRW wird hierzu 2014 ein Projekt zur Schulung und Professionalisierung der Kandidat/inn/en vor der Wahl durchführen
4. Wahlkampagne mit gezielter Werbung in die Stadtgesellschaft und in die Migrant/inn/en - Selbstorganisationen hinein zur Steigerung der Wahlbeteiligung aber auch gegenüber der Stadtverwaltung, um die Bedeutung des Integrationsrates dort besser zu verankern.

Dazu werden nachstehende Werbeplattformen herangezogen:

#### Internet:

Die Internetpräsenz des Integrationsrates soll im diesem Jahr durch die Geschäftsstelle erweitert und systematisch aktualisiert werden. Neben allgemeinen Informationen über die Aufgaben und Aktivitäten des Integrationsrats sowie der LAGA NRW haben die Besucher/innen der Homepage die Möglichkeit, schon im Vorfeld sich über das Thema zu informieren.

Medienarbeit, Plakate, Postkarten, Broschüren, Radio Werbung (Spot) und sonstige Printmedien:

Gezielte Verteilung der Werbematerialien des Landes und Versendung der Informationsbroschüren der LAGA NRW (Haushalte, Bürger/innenbüro, Migrant/inn/en-Selbstorganisationen, Emailverteiler etc.). Zusätzlich werden münsterspezifische Werbematerialien (multilingual) erstellt und gezielt verteilt.

Diese Werbemaßnahmen eignen sich zur Aufstellung in den städtischen Werbeflächen, den öffentlichen Einrichtungen und Nahverkehrsmitteln, für die Hochschulverteiler, die Glaubengemeinschaften etc.

Die vorliegende Vorlage der Verwaltung stellt eine notwendige Säule in einem umfassenderen Handlungskonzept zur langfristigen und nachhaltigen Partizipation der Menschen mit Migrationsgeschichte an dem kommunalen Geschehen dar. Dies kann nur dann gelingen, wenn seitens der Verwaltung und der Politik eine aktive Einbeziehung der Zielgruppe bereits schon in der Planungsphase erfolgt.

#### Finanzierung

Nach einer ersten überschlägigen und vorsichtigen Schätzung erfordert die Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen ein Budget von etwa 40.000 Euro, die im Haushalt des Jahres 2014 bereitgestellt werden müssen.

Herr Marinos bat um die Beantwortung der Frage: Was wäre wenn heute nichts entschieden werden würde. Was würde in der Folge zu erwarten sein?

Herr Köhnke konnte seine Einschätzung abgeben: Die Zeitachsen seien sehr eng gestrickt, um die Bausteine aufeinander sinnvoll aufzubauen. Es seien auch Verträge zu schließen, mit dem entsprechenden Zeitaufwand und –vorlauf. Die Befragungen müssten erfolgen und der Rücklauf müsste eingeplant werden. Seine Prognose fasste er so zusammen: „In toto: Einige Blessuren.“

Herr Marinos berichtete davon, dass man in den Montagsrunden in den Diskussionen immer wieder darauf gestoßen wäre, dass der Betrag (40.000 €) überhöht sei und die Maßnahmen aber nicht entsprechend hoch greifen würden. Besonders die bevorstehende Gesetzesänderung des § 27 GO, würde ohnehin auch ein zusätzliches Wählerklientel erschließen. Herr Marinos wies auch drauf hin, dass die Städte nicht ohne weiteres zu vergleichen seien. So sei es

in Duisburg und Hamm eher eine „Monokultur“, dagegen seien in Münster allein 166 Nationalitäten erfasst, die viel schwieriger zu mobilisieren wären.

Herr Marinos resümierte über die gewünschten Veränderungen, die mit dem Gesetz erreicht werden sollen, kritisch. Er äußerte sich so, dass der neue § 27 GO NRW nach wie vor keine Aufwertung des Integrationsrates bewirkt. So werden z.B. Mandatsträger vom Rat in den Integrationsrat mit Stimmrecht delegiert. Während umgekehrt der Integrationsrat noch nicht einmal Vertreter mit beratenden Stimmen in den Rat nominieren darf und vieles anderes mehr. Er sieht hier eine falsche Betonung.

Herr Köhnke empfahl in der weiteren Diskussion, die gewünschten Änderungen besser zu konkretisieren. Das Portfolio sei nun bekannt. Dies bat er, dabei mit zu diskutieren. Er betonte, dass die Zahlen stimmen würden, da in der Diskussion auch angezweifelt wurde, dass der Versand tatsächlich so teuer sein müsse. Außerdem gab er zu bedenken, dass die Vorlage auf Wunsch des Gremiums selbst vom Oberbürgermeister zum Arbeitsauftrag für die Verwaltung geworden war.

Herr Marinos stimmte dem zu, dass tatsächlich kurz nach der Wahl man seinerzeit den Antrag gestellt hatte. Heute sei man aber nicht davon überzeugt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen und zwar in dieser Höhe, tatsächlich eine erhebliche Verbesserung der Wahlbeteiligung bewirken könne und man sei über die Höhe der Kosten unzufrieden. Nun sei die Situation insgesamt auch eine andere als seinerzeit nach der Wahl. Die Funktion des damaligen Ausländerbeirates als Vertretungsorgan wurde weiter abgeschwächt.

Auf die Frage, wann die Entscheidung in Bezug auf die Änderung des §27 GO fallen würde, teilte Herr Marinos mit, dass er davon ausgehe, dass der Referentenentwurf auch so durch den Landtag abgestimmt werden würde.

Herr Köhnke berichtete vom Stand und stellte in Aussicht, dass damit der Wahltag des Integrationsrates voraussichtlich identisch mit dem der Kommunalwahl sein wird.

Im Folgenden wurden die einzelnen Positionen der Kalkulation von einigen Rednern bewertet.

Bei den Maßnahmen habe man die Protagonisten nicht um ihre Meinung gefragt. So seien die Listen völlig unberücksichtigt.

Frau Wübken gab zu bedenken, dass die Investition für die 2 Zeitungsannoncen (7000,00 €) zwar groß, aber die Anzeigen recht klein ausfallen würden. Hier empfahl sie den Einsatz zu optimieren.

Frau Seyfferth beantragte 1. Eine Entscheidung jetzt herbei zu führen. 2. Sie stellte den Antrag in der Fassung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften abzustimmen. 3. Den gestellten Antrag des Vorsitzenden (Anlage) würde sie nicht verstehen. 4. Welche Personengruppe könnte hier benachteiligt werden? Sie sehe keine Nachteile. 5. Der Antrag des Integrationsrates sei selbst gestellt worden, mit dem Ziel die Wahlbeteiligung zu steigern. Im Frühjahr sei die Wahl. Heute müssten also die konkreten Änderungsvorschläge vorliegen. Ein erneutes Verschieben sei Ihrer Meinung nach nicht zielführend. Sie konstatierte, dass die Verwaltung ihren Auftrag erfüllt habe und die Umsetzung geprüft hat. Und man müsse der Verwaltung auch vertrauen.

Herr Yesilyaprak erörterte die Vor- und Nachteile der Neuregelung des §27 GO. Er äußerte sich pessimistisch, dass mit diesem Geld, welches hier eingesetzt werden solle, die Wahlbeteiligung tatsächlich erhöht werden könne.

Herr Dr. Yavuz teilte seine Standpunkte mit. Er wäre dafür, dass auch ein Teil des Geldes direkt den Listen zur Verfügung stellen würde.

Herr Dr. Ibrahim konstatierte, dass man es wenigstens versuchen solle, ob die Wahlbeteiligung mit diesen Maßnahmen zu steigern sei. Alle Listen würden veröffentlicht. So meinte er, dass Pressearbeit viel bringen könnte. Er meinte, dass man seiner Meinung nach heute abstimmen solle.

Herr Cetinkaya wollte sich dem Antrag von Frau Wübken anschließen, wonach die Aufwendungen einerseits hoch, aber der Gewinn recht klein ausfalle. Aber er meinte auch, dass das Geld schon Effekte erzielen würde.

Herr Köhnke gab zu bedenken, dass es hier allgemein zu Steigerung der Wahlbeteiligung und nicht um die Unterstützung der Listen ginge. Die Befragung sei als aktivierende Maßnahme in dem Katalog aufgenommen worden. In der Demokratie sei es üblich, dass die Parteien, hier also die Listen für sich tätig werden würden.

Herr Dr. Yavuz schlug vor, dass der Integrationsrat der Vorlage zustimmen solle, aber dann in einer Lenkungsgruppe selbst inhaltlich bestimmt, wie die Ausgabenverteilung erfolgen soll. Die Höhe würde er selbst nicht verändern wollen.

Herr Yesilyaprak schloss sich dem Vorschlag von Herrn Yavuz an.

Herrn Powroznik stellte einen Antrag, dass es einen Standpunkt des Integrationsrates zur Änderung des § 27 GO NRW geben solle. Es sei schon oft darüber diskutiert worden. Desweiteren stellte er den Geschäftsordnungsantrag, die Rednerliste nun zu schließen.

Herr von Olberg heilt und stellt den Antrag seinerseits, da er bisher selbst noch nicht zum Thema gesprochen hatte.

Herr Marinos fragte ab, ob es Gegenreden gäbe.

Es meldeten sich noch 3 Personen, die auch noch eine Stellungnahme abgegeben wollten.

Es wurde eine Rednerliste bestimmt: 1. Herr Eroglu, 2. Herr Marinos, 3. Manrique Barrera.

Herr Eroglu stimmte dem Katalog im Ganzen zu. Aber ein Teil wäre besser angelegt für die Unterstützung der Listen, wie er meinte.

Herr Manrique Barrera wurde dann zuerst das Wort erteilt. Er wog alle bisher gemachten Einwendungen ab. Dabei betonte er, dass er die neueren Kommunikationswege, wie Internet, Web 2.0, etc. vermisse. Seines Erachtens würden auch auf der Seite der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten aktuelle Mitteilungen fehlen. Das Internet würde sehr nicht ausreichend genutzt werden. Auch in diesem vorgestellten Konzept würde er es wieder vermissen. Auch der Integrationsrat der Stadt Münster habe keine eigene Seite.

Herr Marinos betonte erneut, dass er der Überzeugung sei, dass die Maßnahmen nicht bringen würden.

Die Diskussion wurde hier beendet und Herr Marinos rief zu den anstehenden Abstimmungen auf.

Herr Marinos beantragte, dass zwischen Punkt 1. und 2. in I. eingefügt werden solle: „Neben den hier aufgeführten Angeboten sollen alle noch bekannt werdenden weiteren Angebote in Anspruch genommen werden können“.

Anmerkung: Der Antrag ist hier in der Anlage beigelegt, der einen Betrag in Höhe von 15.000 € (statt 40.000 €) zur Diskussion stellte. Es erfolgten keine weiteren Vorschläge.

Frau Seyfferth beantragte, dass der Beschluss mit der Ergänzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften abgestimmt wird.

Nachdem über diesen Antrag abgestimmt wurde, hatte sich eine Abstimmung zu einem auch gestellten Antrag über die Vorlage ohne Änderung zu entscheiden, erübrigt.

Der Vorsitzende rief zur Abstimmung zum ersten Antrag auf. Von 22 anwesenden Gremienmitgliedern stimmten 5 dafür, 9 enthielten sich. Es wurde festgestellt, dass der Antrag damit abgelehnt war.

Herr Marinos rief nun zur Abstimmung zum geänderten Antrag auf. Dem geänderten Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

#### **Beschlussvorschlag:**

##### **I. Sachentscheidung:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung beschriebenen Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu den Wahlen des Integrationsrates im Rahmen der bereitgestellten Finanzmittel im Jahr 2014 umzusetzen.
2. **Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Umsetzung der Maßnahmen Finanzmittel im Haushaltsjahr 2014 bereit gestellt werden müssen. Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Haushalt bereit zu stellenden Finanzmittel einen Gegenfinanzierungsvorschlag im Gesamthaushalt zu den Haushaltsberatungen für 2014 vorzulegen.**

##### **II. Kosten/Folgekosten**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Vorlage unmittelbar keine Kosten oder Folgekosten entstehen, jedoch in den Haushaltsplan 2014 zusätzliche Mittel von ca. 40.000,00 Euro eingestellt werden müssen.

#### **Punkt 3 der Tagesordnung**

#### **Berichte**

##### **Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0573/2013**

##### **Save-me Kampagne**

Herr Köhnke führte den vorlegte Bericht aus:

#### **Bericht:**

Grundlage für den Bericht ist die Anregung gemäß § 24 GO NRW lfd. Nr. 06/2012 von Schülerinnen und Schülern des Ratsgymnasiums Münster und die Anregung des Integrationsrates (AIR/0005/2013) vom 6.3.2013, der save-me Kampagne beizutreten.

Die Schülerinnen und Schüler baten in der Anregung an den Rat um Prüfung einer Unterstützung der Kampagne durch die Stadt Münster. Die Schülerinnen und Schüler haben Zwischen- nachrichten durch die Verwaltung erhalten.

Mit dieser Berichtsvorlage ist die Anregung abschließend bearbeitet. Die Schülerinnen und Schüler werden entsprechend informiert.

Die save-me Kampagne startete 2008 in München im Rahmen der 850-Jahr-Feier der Stadt München. Sie ist eine Initiative von Menschen aus der Münchener Zivilgesellschaft unterschiedlichster Herkunft mit über 1.000 Patinnen und Paten, die auch bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen bzw. die Finanzierung der Flüchtlinge zu sichern. Diese Kampagne wird durch zahlreiche Organisationen und Institutionen in München unterstützt. Im weiteren Verlauf der save-me Kampagne haben sich in ca. 50 Städten Menschen gefunden, die diese Kampagne dort vertreten. Nachdem das zivilgesellschaftliche Engagement in den Städten bekannt wurde, haben die entsprechenden Räte unterschiedliche, aber durchgängig positive Beschlüsse zu der save-me Kampagne gefasst.

Die save-me Kampagne setzt sich für die dauerhafte Aufnahme über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen ein. Ziel ist die Aufnahme von Flüchtlingen aus aktuellen Krisensituationen und somit das Gewähren eines sicheren Aufenthaltes. Vergleichbar sind diese Aufnahmen in Deutschland mit den Aufnahmen der Boat-People und den Betroffenen des bosnischen Bürgerkrieges.

Schon 2009 hat sich die damalige Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen mit der Thematik beschäftigt und die Verwaltung gebeten, hierzu eine Einschätzung aus dem Bereich der Wohlfahrtspflege, den Migrantenselbstorganisationen und Glaubensgemeinschaften vorzulegen. Auf ein entsprechendes Anschreiben der Verwaltung gab es nur 2 Rückmeldungen, von denen nur eine die save-me Kampagne in Gänze positiv beurteilte. Auf dieser Grundlage wurde in der Kommission keine Empfehlung gegeben, aber veranlasst, dass sich der zukünftige Integrationsrat mit dieser Thematik beschäftigen solle. Die Kommission ist nach der Kommunalwahl 2009 u. a. mit Blick auf die Bildung des Integrationsrates im Jahr 2010 nicht neu gebildet worden.

Der Integrationsrat hat sich in der Folge mehrfach mit der Thematik beschäftigt und wurde u. a. durch ein ausführliches Referat von Herrn Hügel, GGUA - Flüchtlingshilfe, umfassend informiert. Kern der Diskussionen war die positive Haltung zu dem Projekt, aber auch die Feststellung, dass die save-me Kampagne eine zivilgesellschaftliche Initiative sei, die zunächst Personen als Protagonisten und erst im weiteren Verlauf die Unterstützung der Verwaltung bzw. der Politik benötige. Ein fördernder oder unterstützender Ratsbeschluss sei dann sicher von Vorteil.

In der Befassung mit diesem Thema im Integrationsrat hat dieser am 6.3.2013 den Beschluss gefasst, eine Anregung an den Rat zu richten, mit dem Ziel der Kampagne beizutreten.

Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage ist der Verwaltung im Rahmen der save-me Kampagne keine bürgerschaftliche Aktivität in Münster bekannt geworden, die zumindest als Anfang einer bürgerschaftlichen Basis für die Umsetzung der Kampagne angesehen werden kann. Daher ist aus Sicht der Verwaltung ein unterstützender Ratsbeschluss verfrüht

Soweit sich in der Zukunft aus der Bürgerschaft eine entsprechende Initiative entwickelt, wird die Verwaltung diese, dem Votum des Integrationsrates folgend, unterstützen und selbstverständlich den Integrationsrat sowie den Rat darüber informieren.

Eine entsprechende Beschlussfassung, die die Unterstützung der Initiative und den Beitritt zur

save-me Kampagne hätte, wird in diesem Fall durch die Verwaltung vorbereitet.

Herr Marinos bedankte sich für die Ausführungen und fragte Meldungen ab.

Es gab keine Meldungen aus dem Gremium.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung**

#### **Entscheidungen**

##### **Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0680/2013**

##### **Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten**

Eine Zuschussvorlage wurde aus organisatorischen Gründen nicht, wie geplant vorgelegt

Herr Marinos nahm aber die Gelegenheit wahr, an dieser Stelle um einen Beschluss des Gremiums für zwei Veranstaltungen zu bitten, die im Namen des Integrationsrates durchgeführt worden waren, aber bisher nicht in der vereinbarten Höhe bezuschusst werden konnten:

1. Die Ausstellung in den Räumen des Büros des Integrationsrates von Jorge Hidalgo: 280,00 €
2. Die Veranstaltung in der Villa ten Hompel mit Prof. Schminck-Gustavus: 300,00 €.

Herr Köhnke erörterte die in diesem Zusammenhang stehenden derzeitigen Gesprächsbedarfe mit der Stadtkasse und wies auch auf einen am 30.09.2013 anberaumten Termin mit der Stadtkasse hin, der hier zu einer Klärung führen solle.

Das Gremium hatte Fragen zu dieser Problematik, die Herr Köhnke beantwortete. Er bestätigte auch, dass es mit einem förmlichen Beschluss im Gremium, das Problem an dieser Stelle gelöst sei. Für die Zukunft werde man an anderen Wegen arbeiten.

Herr Marinos äußerte seine Meinung, dass eine Ankündigung ein formeller Beschluss gleich zu setzen sei. Und ergänzte: Er lasse sich in seiner Funktion nicht bevormunden.

Er rief auf, dem gestellten Antrag zu zustimmen.

Herr Powroznik äußerte Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Geschäftsordnung. So sei die Tagesordnung nicht ordnungsgemäß geändert worden. Mit dem Aufruf des Tagesordnungspunktes 4.1, habe man de facto die Zuschussvorlage aufgerufen, die jetzt aber nicht behandelt werden würde.

Die Bedenken wurden von Herrn Marinos ausgeräumt: Über die bisher noch zu Abstimmung anliegenden Zuschüsse, wollte man doch noch nicht abstimmen, bis auf diese beiden Veranstaltungen. Er sehe aber kein Problem darin, nun über die bereits seit langem dem Gremium auch bekannten Veranstaltungen an dieser Stelle abzustimmen.

Frau Wübken kommentierte, dass Sie den Sachverhalt trotz aller Erklärungsversuche nicht verstanden hatte. Auch sei ihr jetzt nicht klar, worüber abgestimmt werden solle.

Herr Marinos erläuterte die Angelegenheit erneut.

Herr Wolfgarten fragte zur Verständigung nach: Sei es ein Problem der Zahlungsanordnung, die weder sachlich noch rechnerisch richtig abgegeben werden könnte?

Herr Köhnke bejahte diese Nachfrage.

Herr Wolfgarten machte sich dann auch stark dafür, das Thema nicht, wie auch vorgeschlagen, zu vertagen, sondern darüber abzustimmen, da er der Ansicht sei, dass die Zahlungsempfänger durchaus Ihre Leistung erbracht hätten und damit einen Anspruch auf die vereinbarte Bezuschussung hätten.

Es wurde der Schluss der Debatte gefordert.

Herr Marinos rief zur Abstimmung auf, dass folgende Zahlungen aus den Mitteln des Integrationsrates übernommen werden sollen:

3. Die Ausstellung in den Räumen des Büros des Integrationsrates von Jorge Hidalgo: 280,00 €
4. Die Veranstaltung in der Villa ten Hompel mit Prof. Schminck-Gustavus: 300,00 €.

Das Gremium stimmte einstimmig für die Übernahme der Kosten.

#### **Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0499/2013**

#### **Einrichtung des Fachbeirats für das Kommunale Integrationszentrum in Münster**

Herr Köhnke und Frau Reckfort stellten die Beschlussvorlage zur Einrichtung eines Fachbeirats für das Kommunale Integrationszentrum in Münster vor.

Das Gremium war sehr interessiert an der Zusammenstellung und würdigte die Tatsache, dass es diese fachliche Beratung aus einem Beirat geben soll.

In der weiteren Diskussion wurde deutlich, dass es einem Großteil der Mitglieder wichtig war, dass hier insbesondere die GGUA Flüchtlingshilfe e.V. vertreten sein solle. Seitens der Verwaltung erläuterte Herr Köhnke, dass man den Rahmen bewusst so gewählt habe, da man unmöglich alle Vereine und Gruppierungen hier einbeziehen konnte.

Herr Kattentidt stellte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vor und warb, dass auch das Gremium hier, dieser Änderung zustimmt. Auch Frau

Seyfferth warb für einen gleichlautenden Änderungsantrag und bat das Gremium um seine Zustimmung. Herr Dr. Ibrahim stellte dagegen klar, dass er der Ansicht sei, dass die GGUA hier nicht vor anderen Verbänden bevorzugt werden solle. Auch Herr Ergoglu gab zu bedenken, dass auch noch andere Vereine dann mit einbezogen werden müssten. Herr Yesilyprak stellte ebenfalls den Antrag, dass auch der Integrationsrat einen Änderungsantrag gestellt werden solle wonach auch die GGUA mit in den Fachbeirat übernommen werden soll. Herr Marinos sprach sich für eine Verschiebung dieser Entscheidung aus. Herr Kattentidt gab zu bedenken, dass die Beratungskette der Vorlage klar festläge. Später eine Änderung bei der Zusammensetzung des Fachbeirates hielt er daher für wenig erfolgreich.

Herr Marinos warb dafür, dass erst im Nachgang zu der Neuwahl, auch über die Zusammensetzung des Fachbeirates des KIs neu zu diskutieren sein sollte. Es solle dazu abgestimmt werden.

Herr Kehr begründete seine Meinung, dass genau die GGUA hier in den Fachbeirat eingesetzt werden solle: Es sei eben nicht beliebig. Hier sei seines Erachtens ein Höchstmaß an Qualifikation und Beratung geboten.

### **Begründung:**

Mit der Ratsentscheidung der Vorlage V/0878/2012 wurde die Verwaltung beauftragt, beim Land Nordrhein-Westfalen einen Antrag zur Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums in Münster zu stellen. Nach der positiven Stellungnahme des Ministeriums für Schule und Weiterbildung und des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und auf Grundlage des Zuwendungsbescheid vom 08. Mai 2013 von der Bezirksregierung Arnsberg kann zum Herbst mit der Aufnahme der Tätigkeiten des Kommunalen Integrationszentrums gerechnet werden.

Aufgrund der vom Gesetz vorgeschriebenen und in der o.g. Vorlage beschriebenen übergreifenden Aufgaben des künftigen Kommunalen Integrationszentrums wurden schon frühzeitig die Schnittstellen zu der Arbeit anderer Fachämter deutlich. Um diesen übergreifenden Aufgaben gerecht zu werden, wurde in der Vorlage als dauerhafte Begleitung der Arbeit die Einrichtung eines Fachbeirates angeregt. Dieser soll eine systematische Beteiligung der Fachämter und der Wohlfahrtsverbände, des Integrationsrat und der Migrantenselbstorganisationen mit Berührungspunkten zur Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums sicherstellen.

Zudem soll fachliche Expertise über weitere Expertinnen/Experten der Hochschulen das Fachgremium abrunden. So ist gewährleistet, dass unterschiedliche Sichtweisen zusammenfinden und die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums bereichern.

Die beratende Funktion des Beirats, beispielsweise als Impulsgeber und auch als Resonanzspender, hat eine wechselseitige Wirkung für alle Beteiligten in dem Beirat. Darüber hinaus kann der Beirat ebenso beratend bei Projektförderungen anderer Mitglieder mitwirken und erweitert fach- und ämterübergreifend das Fachwissen in der Integrationsarbeit. Die so geschaffenen Synergieeffekte kompensieren die eingebrachte Personalressource der Beiratsbeteiligten.

#### **1. Dem Fachbeirat gehören folgende Vertreter/innen an:**

Internen Vertreter/innen aus

- der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten
- dem Kommunalen Integrationszentrum
- dem Amt für Schule und Weiterbildung
- dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien
- dem Sozialamt
- dem Jobcenter
- der Villa ten Hompel

Externe Vertreter/innen entsendet aus

- dem Integrationsrat
  - der AG Wohlfahrt
  - Migrantenorganisationen
  - der Westfälischen Wilhelms-Universität
  - der Fachhochschule Münster
  - dem Verein ESE e. V.
  - Kompetenzzentrum Frau & Beruf Münsterland / FrauenForum Münster e. V.
2. Je nach thematischen Schwerpunkten können einmalig auch weitere Expertinnen/Experten hinzugezogen werden. Die Entscheidung darüber trifft der Fachbeirat.
  3. Die Einrichtung und der Einsatz des Beirates erfolgt ab Herbst 2013 (Eröffnung des Kommunalen Integrationszentrums)
  4. Der Fachbeirat tagt viermal im Jahr. Auf mehrheitlichen Wunsch können Sondersitzungen einberufen werden.
  5. Die Geschäftsführung für den Fachbeirat liegt im Kommunalen Integrationszentrum. Der Vorsitz und die Leitung liegen beim Dezernenten für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten.

Entsprechend den Förderrichtlinien (4.6) der Ministerien für Schule und Weiterbildung als auch für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen werden die Schwerpunkte der Arbeit im Benehmen mit den örtlichen Partnern in der Regel jeweils für einen Zeitraum von zwei Jahren festgelegt. Künftig soll der Fachbeirat auch die im Zwei-Jahres-Turnus erfolgende Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte beratend begleiten.

Gemäß §12 des Landesgleichstellungsgesetzes ist bei der Besetzung von Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie sonstigen Gremien auf eine geschlechtsparitätische Besetzung zu achten.

Herr Marinos stellte den Antrag, die Entscheidung zur Vorlage so weit zu vertagen, bis das Gesetzgebungsverfahren für die Änderung der Gemeindeordnung, abgeschlossen ist.

Die Vertreter/innen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion erheben folgende Ergänzung des Beschlusses zum Antrag: **„In den in der Begründung unter 1. aufgelisteten externen Vertreter/innen für einen Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrums wird die GGUA e.V. zusätzlich aufgenommen.“**

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über den Antrag, heute über diese Vorlage nicht zu entscheiden auf. Mit 3 Fürstimmen und 17 Gegenstimmen wird dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft auf, über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD und FDP, im Fachbeirat auch die GGUA e.V. aufzunehmen, abzustimmen. Mit 7 Fürstimmen, 3 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen wird die Änderung des zur Vorberatung vorgelegten Beschlusses mehrheitlich angenommen.

Anschließend wird die Vorlage mit der gerade abgestimmten Ergänzung vom Vorsitzenden zur Abstimmung aufgerufen.

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, dem Rat zu empfehlen, die Vorlage in der folgenden geänderten Fassung zu beschließen:

„I. Sachentscheidung:

Um den übergreifenden Aufgaben des kommunalen Integrationszentrums gerecht zu werden sowie zur Abstimmung und Beteiligung der in der Integrations-, Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit tätigen städtischen, lokalen und regionalen Akteure wird zur dauerhaften Begleitung ein Fachbeirat für das kommunale Integrationszentrum in Münster eingerichtet. **In den in der Begründung unter 1. aufgelisteten externen Vertreter/innen für einen Fachbeirat des Kommunalen Integrationszentrums wird die GGUA e.V. zusätzlich aufgenommen.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen mit dieser Vorlage keine Kosten

## **Punkt 5 der Tagesordnung**

## **Berichte aus den Ausschüssen**

Frau Türkan Kurt berichtete aus dem Jugendhilfeausschuss. Dort sei der Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien vorgestellt worden. Frau Kurt schlug vor, dass auch hier im Integrationsrat das Jugendamt berichten solle, besonders im Hinblick auf Zahlen, die in diesem Bereich über die Situation der Menschen mit Migrationsvorgeschichte beleuchten würden.

Herr Kehr stellte den Antrag, dass das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien auf besondere Teile im Geschäftsbericht des Jugendamtes für den Integrationsrat berichtet.

Herr Marinos rief zur Abstimmung auf: Das Gremium stimmte einstimmig für den Antrag von Herrn Kehr.

Herr Kehr berichtete weiter aus dem Sportausschuss.

Er erneuerte außerdem seinen Antrag, dass das Sportamt über die migrationspolitischen Aspekte z.B. beim Sportabzeichens im Integrationsrat berichten solle. Er sah hier großen Bedarf zur Erörterung mit den Verantwortlichen. Schwerpunktthema solle sein die Sportpolitik. Die Engagementförderung könne z.B. auch in die MSOs hereingetragen werden. Es sehe hier ein ideales Thema. Aber diesen Antrag habe er bereits vor einem Jahr gestellt.

Herr Marinos rief zur Abstimmung auf: Die Abstimmung für diesen Antrag erfolgte ebenfalls einstimmig. Es wurde betont, dass der Besuch eines Vertreters aus dem Sportamt bereits in einer der nächsten Sitzungen erfolgen solle.

## **Punkt 6 der Tagesordnung**

## **Verschiedenes**

Herr Powroznik meldete sich zu Wort und bekräftigte sein Interesse, sich als Vertreter für den Fachbeirat zur Wahl stellen zu wollen. Und er schlug vor, dass diese Wahl bei der nächsten Sitzung statt finden solle.

Herr Marinos rief zur Abstimmung auf: Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Herr Köhnke wies darauf hin, dass für die Mitglieder von der VHS ein aktuelles Jahresprogramm zur Verfügung gestellt worden sei: Es läge hier für alle Interessierten zur Mitnahme bereit.

Herr Marinos wies darauf hin, dass es im Rahmen der Auftaktveranstaltung mit Prof. Schminck-Gustavus in der Villa ten Hompel, noch weitere Veranstaltungen geplant werden würden, die die Aufarbeitung der Verbrechen der Nazi in Südosteuropa/ Griechenland zum Thema haben werden. Das neu erschienene Buch „Feuerrauch: Die Vernichtung des griechischen Dorfes Lyngiades am 03. Oktober 1943“ von Prof. Schminck-Gustavus empfahl er besonders in diesem Zusammenhang. Es würden noch weitere Veranstaltungen des Integrationsrates durchgeführt werden. Dies gebe er zu Kenntnis.

Herr Kehr zweifelte an, dass diese Mitteilung unter „Verschiedenes“ ausreichend für die Stadtkasse wäre, um als eindeutige Zahlungsgrundlage erhalten zu können.

Herr Marinos warb um Vertrauen, dass diese Entscheidungen immer im Sinne des Integrationsrates seien.

Die Sitzung wurde um 20.45 Uhr von Herrn Marinos beendet.

gez.  
Spyridon-Paul Marinos  
Vorsitz

gez.  
Regina Etienne  
Schriftführung